

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Agnes Malczak, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7355 –

Den Rüstungsexportbericht 2010 unverzüglich vorlegen und künftig ausführlicher gestalten

A. Problem

Unverzügliche Vorlage des Rüstungsexportberichts 2010; Erscheinungstermin künftiger Exportberichte; Erweiterung der Berichtsinhalte; Vorabveröffentlichung des den Berichten zugrunde liegenden Datenmaterials in einer allgemein zugänglichen Datenbank; frühzeitige Einbeziehung des Deutschen Bundestages in den Genehmigungsprozess für Rüstungsexporte; zeitnahe Information des Parlaments über Entscheidungen des Bundessicherheitsrates.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

E. Bürokratiekosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7355 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Klaus Barthel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Klaus Barthel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7355** wurde in der 133. Sitzung am 20. Oktober 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zufolge soll die Bundesregierung den Rüstungsexportbericht für 2010 unverzüglich vorlegen und diesen Bericht in Zukunft spätestens drei Monate nach Ablauf eines Kalenderjahres präsentieren. Der Rüstungsexportbericht soll außerdem um weitere Punkte ergänzt werden. So sollen zusätzlich zu den Genehmigungen die tatsächlichen Ausfuhren aufgeführt und nach einzelnen Waffentypen, erteilten und gültigen Produktionslizenzen sowie gültigen Sammelausfuhr- und Allgemeingenehmigungen ergänzt werden. Ferner wird gefordert, den Deutschen Bundestag frühzeitig in den Entscheidungsprozess über Rüstungsexporte einzubeziehen.

In der Begründung ihres Antrags kritisiert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der Rüstungsexportbericht trotz des Vorliegens aller Daten mit erheblicher Verzögerung zum Berichtszeitraum, im Extremfall erst im übernächsten Jahr, erscheine. Damit könne keine angemessene Transparenz hergestellt werden, die eine effektive Kontrolle der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung durch das Parlament ermöglichen würde. Außerdem sei eine Reihe wichtiger Daten in dem Bericht nicht enthalten. Ferner solle eine Meldepflicht bei erfolgter Ausfuhr eingeführt werden, um auch die Ausfuhr von Rüstungsgütern zu erfassen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/7355 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7355 in seiner 50. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7355 in seiner 106. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/7355 in seiner 49. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/7355 in seiner 49. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/7355 in seiner 56. Sitzung am 30. November 2011 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7355 zu empfehlen.

Berlin, den 30. November 2011

Klaus Barthel
Berichterstatter

